

***Tätigkeitsbericht
Institut für Ökologie
und Aktions-Ethnologie
INFOE e.V.
Jahr 2015***

Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (infoe e.V.)
Melchiorstr. 3
50670 Köln
Email: infoe@infoe.de



INFOE-Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015

PROJEKT „WALDSCHUTZ UND INDIGENE VÖLKER“

Das Projekt zur Förderung der Beteiligung und der Rechte indigener Völker in Waldklimaschutzvorhaben ging im Oktober 2015 zu Ende. Mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit dieser zweiten Phase des Projekts, mit der im Mai 2014 begonnen wurde, konnten im Rahmen der Veranstaltungen in 2015 mehr als 200 Vertreter/innen der Zielgruppen über die Anliegen und Rechte indigener Völker im Waldklimaschutz informiert werden. Sowohl VertreterInnen umwelt- und entwicklungspolitischer NROs, als auch MitarbeiterInnen der Ministerien, Abgeordnete und interessierte BürgerInnen wurden für die Verknüpfungen zwischen dem Engagement deutscher Akteure im Bereich des Wald- und Klimaschutz und den Lebensbedingungen, den Rechten und den natürlichen Lebensgrundlagen indigener und lokaler Waldbewohner sensibilisiert.

Im Rahmen des Projekts wurden in 2015 folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Im Februar 2015 nahm Sabine Schielmann an der Sitzung der AG Wald des Forum Umwelt und Entwicklung teil und nutzte diese Gelegenheit, um die VertreterInnen der Waldschutzorganisationen und Umweltverbände über die INFOE Studie zu Waldklimaschutzvorhaben und den Rechten indigener Völker und ihre Ergebnisse zu informieren. Bei der Sitzung wurden auch mögliche gemeinsame Aktivitäten besprochen, die jedoch in 2015 noch nicht realisiert wurden.

Am 5. März 2015 fand in Bonn ein Workshop zu den Konzepten „Menschenrechtsansatz“, „Partizipation“ und „FPIC“ in der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern im Waldklimaschutzbereich statt. In diesem zeitlich straff angelegten Workshop diskutierten Engagierte mit unterschiedlichsten Perspektiven die fundamentalen Konzepte und tauschten Erfahrungen aus der praktischen Arbeit aus. Joji Carino, Ibaloi-Igorot-Vertreterin von den Philippinen und Direktorin der englischen NGO Forest Peoples Programme, mit ihren langjährigen Erfahrungen und ihrem umfangreichen Wissen auf den unterschiedlichsten Ebenen ist es zu verdanken, dass viele der 22 Teilnehmenden Antworten auf ihre Fragen erhalten konnten und das Verständnis von einem Menschenrechtsansatz und den Rechten indigener Völker vermehrt wurde. Entscheidend hierfür waren auch die Inputs aus der praktischen Zusammenarbeit. Hier stieß insbesondere die Arbeit mit Drohnen in Kalimantan zum gemeindebasierten Kartographieren und der Demarkation der Territorien indigener Gemeinschaften auf großes Interesse.

Am 28. Mai 2015 fand im Afrikahaus in Berlin ein entwicklungspolitisches Werkstattgespräch zum Thema „Indigene Landbausysteme“: Gefahr oder Chance für den Klimaschutz?“ statt. Die etwa 30



Foto© Miriam Weihe

Teilnehmer/innen setzten sich aus Studierenden der HU (Humboldt-Universität Berlin), Alumni und Dozent/innenn des SLE (Seminar für Ländliche Entwicklung), EZ Berater/innen, NGO Vertreter/innen und Mitarbeiter/innen von MdBs zusammen. Das entwicklungspolitische Werkstattgespräch wurde in Kooperation mit dem Verein der Freunde und Förderer des Seminars für Ländliche Entwicklung durchgeführt. Dank der Mittel von Misereor konnte ein Vertreter der Karen aus Thailand aus erster Hand über die Erfahrungen und Herausforderungen mit dem Wanderfeldbau berichten. Das Podium war mit den weiteren Gästen Dr. Silke Stöber vom SLE der Humboldt-Universität und Wolfgang Kuhlmann von ARA aus Bielefeld kompetent besetzt.

Im Nachgang zum Werkstattgespräch fand am 29. Mai 2015 ein außerordentliches Treffen der AG „Waldschutz und Indigene“ statt, an dem auch der Karen Vertreter teilnahm. Bei diesem Treffen wurden mögliche Formen der Förderung indigener Wirtschaftsweisen im Kontext des Waldklimaschutz diskutiert und mögliche gemeinsame Aktivitäten im Rahmen der entwicklungspolitischen Arbeit in Deutschland zur konkreten Unterstützung des Wanderfeldbaus der Karen besprochen.

Im LandesMuseum in Bonn fand am 12.6.2015 die Tagung *"Wird der Wald für den Klimaschutz verheizt? Die Ressource Wald im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen und die Vorschläge indigener Völker"* statt. Die von INFOE in Kooperation mit dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder und der Stadt Bonn organisierte Tagung wurde gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie mit Mitteln von Misereor und der Europäischen Kommission finanziert. Trotz des schönen Wetters und des schwierigen Themas hatten sich 40 Teilnehmende, darunter indigene Vertreter/innen aus verschiedenen



Podiumsdiskussion mit (von links) René Ngongo, Thomas Fatheuer, Thomas Brose, Josine Aloema Tokoe und Jutta Kill. Foto: © 2015 by Schattenblick

Regionen der Welt, Fachleute im Wald- und Klimaschutz, Mitarbeiter/innen von NROs und Kommunen und Regierungsinstitutionen, Bürger/innen aus nahegelegenen Klima-Bündnis-Kommunen und andere Interessierte, im LandesMuseum in Bonn eingefunden, um gemeinsam Fragen und Herausforderungen im Waldklimaschutz, sowohl auf der lokal-nationalen als auch auf der globalen Ebene, aus unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven heraus zu diskutieren.

Als eine der Wirkungen dieser Veranstaltungen und ihrer spannenden und manchmal spannungsgeladenen Diskussionen möchten wir die Sensibilisierung von Beschäftigten im EZ Bereich hervorheben. Wenngleich wir keine Massen erreicht haben, so haben unsere Veranstaltungen und insbesondere der direkte Austausch mit indigenen Vertreter/innen dazu beigetragen, die Perspektiven und das Verständnis bei in der EZ Beschäftigten für die Rechte und den Beitrag indigener Gemeinschaften merklich erweitern können.

RUSSLAND

Die Arbeit mit indigenen Völkern Russlands fand 2015 auf dem Höhepunkt der Spannungen zwischen Russland und dem Westen im Zuge der Krim-Annexion und der darauffolgenden westlichen Sanktionen sowie des zunehmenden Drucks auf unabhängige NGOs von denen viele während der Projektdauer als "ausländische Agenten" stigmatisiert wurden statt. Es hieß deshalb sorgfältig Risiken für die Partner abzuwägen.

Hauptaugenmerk war die Unterstützung des neugegründeten informellen Netzwerks „Aborigen Forum“. Diese hat sich als wirksam erwiesen, was sich u.a. an den zahlreichen gemeinsamen Interventionen des Netzwerks z.B. in lokalen Konflikten um Landrechte und indigene Lebensgrundlagen gezeigt hat. Es hat zudem eine wichtige Rolle als geschützter Raum für Diskussionen und gemeinsame Strategiediskussionen, seit die vormals relativ unabhängigen halboffiziellen indigenen Organisationen mittlerweile fast vollständig staatskontrolliert und ihrer Tätigkeit enge Grenzen gesetzt sind.

KASASS: SCHOREN WEHREN SICH GEGEN VERTREIBUNG FÜR KOHLE

Angesichts der zugespitzten Lage wurden mehrere neue Wege eingeschlagen, unter anderem durch Beschwerdeverfahren bei Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen und Interventionen bei Hauptversammlungen potenziell westlicher Unternehmen. So unterstützte INFOE die vertriebenen Bewohner des schorischen Dorfes Kasass (englische Umschrift: Kazas) in der Kohleregion Kusbass (Gebiet Kemerowo) bei der Einreichung einer Beschwerde an den UN-Antidiskriminierungsausschuss (CERD). Der Ausschuss stellt ein sogenanntes Verfahren bereit, das er Early Warning/Urgent Action



Blick vom zerstörten Kasass auf den Tagebau. Foto: Nelly Tokmagaschewa

nennt. Der Zweck dieses Mechanismus ist, schneller auf die zugespitzte Situationen zu reagieren als es die stark formalisierten und schwerfälligen Individualbeschwerdeverfahren der Vertragsorgane vermögen, die ähnlich wie Gerichte arbeiten und oft einige Jahre brauchen. Der an den Ausschuss eingereichte Bericht behandelt einerseits die Lage von Kasass selbst, andererseits die weitere bedrohliche Lage der Schoren. Kasass ist von allen Seiten von Kohletagebauten umringt und ein lokaler KohleKonzern hat die Bewohner zum Verkaufen ihrer Häuser gedrängt. Die Häuser derjenigen Bewohner, die sich weigerten zu verkaufen, sind in den Folgmonaten Brandstiftungen zum Opfer gefallen, deren Täter nie ermittelt wurden, obwohl der einzige Zufahrtsweg durch einen bewaffneten Checkpoint des KohleKonzerns führt. Somit war eine Zielsetzung der Beschwerde Gerechtigkeit für die Bewohner. Der weitere Kontext ist dass die Schoren in den letzten Jahrzehnten ihre nationale Autonomie und ihr Territorium eingebüßt haben und dass ihren verbliebenen Dörfern, vor allem dem benachbarten Tschuwaschka, dasselbe Schicksal droht. Die Einreichung der Beschwerde führte erst einmal zu einem Briefwechsel mit der russischen Regierung und zu hochrangigen Gesprächen auf der Ebene des Gouverneurs in Kemerowo.

Die Wirkung und die Bereitschaft und Handlungsfähigkeit der internationalen Menschenrechtsmechanismen ist jedoch begrenzt. Der Brief des Ausschusses an die russische Regierung hatte zwar bereits dazu beigetragen, Druck auszuüben. Da der Ausschuss nach seinem ersten Schreiben die Angelegenheit jedoch nicht rasch weiterverfolgt hat, hat seine Intervention die örtlichen Aktivisten nicht geschützt, die sehen sich weiterhin Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt.

Da Interventionen durch UN-Organen erfahrungsgemäß alleine nicht ausreichen, wurde auch der Dialog mit möglichen Käufern der Kohle aus der Region gesucht, denn Deutschland deckt ca. 40% seines Kohlebedarfs aus Russland, vermutlich überwiegend aus dem Kusbass. Allerdings ist ein genaues Nachvollziehen der Lieferkette ausgesprochen schwierig, u.a. da die offiziellen Statistiken nur über das Herkunftsland aber nicht über die Herkunftsregion Aufschluss geben.

„AUSLÄNDISCHE AGENTEN“

Der Druck auf die russische Zivilgesellschaft, wie auf die Organisationen der indigenen Völker nahm 2015 stetig zu. Mehrere indigene Organisationen wurden zu „ausländischen Agenten“ erklärt, darunter das Zentrum zur Unterstützung der Indigenen Völker des Nordens (CSIPN), das indigenen Informationszentrum "Yasavey-Manzara" im Autonomen Kreis der Nenzen, die Batani Foundation in Moskau, sowie wichtige Partner aus dem Umweltbereich wie das "Komitee zur Rettung der Petschora" in der Republik Komi und "Sachalin Environmental Watch" auf der Insel Sachalin. Andere Organisationen versuchen noch, diesem Schicksal zu entgehen und halten sich zunehmend bedeckt. Daher ist die Projektarbeit mit den meisten Partnern sehr viel schwieriger geworden. Einige Organisationen haben ihre Tätigkeit vollständig eingestellt. In einigen Fällen wurde die Aktivität auf andere Plattformen übertragen.

KRIMINALISIERUNG

Zunehmend gibt es Fälle von Kriminalisierung indigener Aktivisten, so wurde Sergej Nikiforow, Vorsteher des ewenkischen Dorfs Iwanowskoje im Amurgebiet zu mehreren Jahren Strafkolonie verurteilt. Nikiforow war der Wortführer des Widerstands der Einwohner des Goldbergbaus durch das britische Unternehmen Petropavlovsk und wurde unter anderem von der russischen NGO Memorial und Amnesty International als gewaltloser

„prisoner of conscience“ anerkannt. Hier haben wir versucht, Unterstützung zu leisten, indem wir den Fall an das britische Business & Human Rights Centre weitergaben, wo auf den Konzern und seine Investoren zugegangen wurde. Ein anderer Fall war der des chantischen Rentierzüchters und Schamanen Sergej Ketschimow im Autonomen Kreis der Chanty und Mansi in Westsibirien, Russlands größter Ölförderregion. Ketschimow wird als der Wächter des Sees Imlor gesehen. Als Rentierzüchter hat er immer wieder damit zu kämpfen, dass trotz Verbot von Ölarbeitern eingeschleppte Hunde seine Rentiere anfallen und töten. Im September 2014 hatte er zwei solche Hunde erschossen, die seine Herde angegriffen hatten, und war dann von Mitarbeitern des Ölkonzerns Surgutneftegaz des versuchten Mordes an ihnen bezichtigt und im Januar 2015 angeklagt worden. Aussage stand gegen Aussage und Ketschimow drohte auf Jahre hinaus in einer Strafkolonie zu verschwinden, was er, der nur wenig Russisch spricht, möglicherweise nicht überlebt hätte. INFOE beteiligte sich an der Kampagne für seine Freiheit. Das Gericht verschleppte die Entscheidung immer wieder, sodass am Ende des Jahres immer noch ein juristisches Damoklesschwert über ihm hin.



Der Schamane und Rentierzüchter Sergej Ketschimow

Ein neuer Arbeitsschwerpunkt für INFOE waren Schutzgebiete auf indigenem Territorien, die einerseits das Potenzial haben, zum nachhaltigen Schutz indigener Territorien beizutragen, andererseits aber oft so umgesetzt werden, dass Indigene selbst anschließend ihre angestammten Territorien und Ressourcen nicht mehr nutzen, geschweige denn über ihre Nutzung bestimmen dürfen. Das nur 1600 Angehörige zählende Udege-Volk hat in der Vergangenheit sehr schlechte Erfahrungen mit dem Nationalpark „Udegeiskaja Legenda“ gemacht. Den dort lebenden Udege war ursprünglich zugesichert worden, dass die das Gebiet weiter nutzen können, aber sobald er dann in Betrieb ging, wurde ihnen die Nutzung weitestgehend verwehrt und sie wurden damit ihres wichtigsten Lebensunterhalts

beraubt. Als 2015 Präsident Putin die Ausrufung eines Nationalparks in ihrem Kerngebiet, im Tal des Flusses Bikin an, dem „russischen Amazonas“, in eine bedeutende Population sibirischer Tiger lebt ankündigte, waren sie daher wenig begeistert. INFOE beteiligte sich an einem Dialogprozess, an dem u.a. Vertreter der Udege aus verschiedenen Ortschaften, die Gebietsaministration, Umweltschutz- und indigene Organisationen beteiligt waren. Die Gebietsadministration in Wladiwostok gab daraufhin im Oktober 2015 das Signal, den Aufbau des Nationalparks nur dann weiter zu verfolgen, wenn im Bundesgesetz über Schutzgebiete und in regionalen Regularien bestimmte Mindestgarantien festgeschrieben sind.

WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Die größte Einzelaktivität war ein im November in Genf gemeinsam mit dem Forest Peoples



Programme und der Middlesex University, London, durchgeführter zweitägiger Trainingsworkshop für Vertreter indigener Völker zu den UN-Leitprinzipien über Wirtschaft und Menschenrechte. Der Workshop wurde maßgeblich durch die Unterstützung der GIZ möglich gemacht aber auch durch IWGIA und FPP kofinanziert. Er richtete sich an VertreterInnen indigener Völker, die im November zum vierten UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte nach Genf angereist waren. Die 2011 vom UN-Menschenrechtsrat

verabschiedeten Leitprinzipien sind zwar unverbindlich aber sie stellen das weltweit von Staaten, Unternehmen und Zivilgesellschaft einhellig anerkannte Rahmenwerk für den Menschenrechtsschutz im Wirtschaftskontext dar. Bei ihrer Ausarbeitung unter Federführung von Professor John Ruggie waren Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern, sehr häufig im Zusammenhang mit Ressourcenförderung das am häufigsten in Einreichungen genannte Problem. 2013 unterstützte INFOE Pavel Sulyandziga, indigenes Mitglied der UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte bei der Ausarbeitung eines thematischen Berichts an die UN-Generalversammlung, der der Frage nachging, wie exakt die Leitprinzipien im Falle indigener Völker anzuwenden sind. Allerdings haben nur wenige Indigene die Kapazität und das Wissen, um sich effektiv an der globalen Diskussion um die Umsetzung der Leitprinzipien und die Einführung verbindlicher Menschenrechtspflichten für Konzerne zu beteiligen. Dies zu ändern war das Ziel des



dem vierten Forum vorangestellten Trainingsworkshops, an dem 40 Indigene aus Asien, Afrika, dem Pazifik, Nord- und Südamerika und Europa teilnahmen.

Ausgehend von ihren jeweiligen Erfahrungen mit Wirtschaftskonzernen, oftmals aus der Ölindustrie, Bergbau oder Agribusiness wurden die Leitprinzipien vorgestellt und gemeinsam konkrete Anknüpfungspunkte gesucht. Der Völkerrechtler Cathal Doyle von der University of Middlesex, London, erläuterte den Aufbau der Leitprinzipien selbst, ihre Entstehungsgeschichte und ihre völkerrechtliche Bedeutung. Konkrete Instrumente der Umsetzung der Leitprinzipien wie etwa die nationalen Aktionspläne für Wirtschaft und Menschenrechte wurden von Christoph Schuller vom Deutschen Institut für Menschenrechte vorgestellt, Dom Renfrey von ESCR-net gab eine Einführung in den globalen Prozess zur Schaffung eines rechtlich verbindlichen Instruments über Wirtschaft und Menschenrechte. Insgesamt war das Seminar ein Rundumschlag, das innerhalb von zwei Tagen eine große Themenbreite abdeckte, ohne dabei den Anspruch zu haben, erschöpfend zu sein. Aber es hat einen wichtigen Anfang dabei gemacht, indigene Völker dazu zu befähigen, sich in einen globalen Prozess einzumischen, der ihre ureigensten Interessen im Kern betrifft.

GEGENSTRÖMUNG

GegenStrömung verband die Arbeit zu Exportkreditversicherungen (Hermesbürgschaften) und Staudämmen.

Zum einen endete im Sommer 2015 die 2012 begonnene Auseinandersetzung mit dem Bundeswirtschaftsministerium über die Herausgabe der menschenrechtlichen Teile der Prüfberichte verschiedener Projekte, für die Hermesbürgschaften bewilligt worden waren. Da das Ministerium die auf Basis von Informationsfreiheitsgesetz und Umweltinformationsgesetz angefragten Berichte nicht herausgeben wollte, hatte GegenStrömung zusammen mit Amnesty International Deutschland und urgewald 2013 Klage erhoben. Nach schriftlichem Vorverfahren und mündlicher Erörterung vor Gericht konnten wir einen Vergleich erwirken. In diesem verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland zur antragsgemäßen Herausgabe der Informationen bis zum 15.09.2015. Die im Vergleich zugestanden Ausnahmen und Schwärzungen hatten wir dem Wirtschaftsministerium als Kompromiss schon vor der Klageerhebung angeboten. Die Klage hatte damit auch ohne gerichtliche Entscheidung Erfolg. Der Vergleich, der dem Klageantrag fast vollumfänglich folgt, hat damit auch eine Signalwirkung an die Bundesrepublik und die im Vorverfahren beteiligten Behörden. Diese müssen erkennen, dass eine Zurückhaltung von Informationen unter pauschaler Begründung rechtswidrig ist. Und trotz der Schwärzungen konnte anhand der offengelegten Informationen nachvollzogen werden, dass bei der Prüfung der Umwelt- und Sozialaspekte in der Außenwirtschaftsförderung zahlreiche Lücken bestehen.

Um auf die Behebung dieser Lücken hinzuwirken, brachte GegenStrömung seine Expertise zur Außenwirtschaftsförderung in den Prozess zur Entwicklung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) ein. U. a. organisierte GegenStrömung gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und dem DIHK die NAP-Anhörung zum Thema Außenwirtschaftsförderung, die am 3.11.2015 stattfand. GegenStrömung bereitete auch den zivilgesellschaftlichen Input zur Anhörung vor und lud Juan Pablo Soler vom Movimiento Ríos Vivos aus Kolumbien ein, um über den Hidrosogamoso-Staudamm zu sprechen und die

dafür vergebene Hermesbürgschaft zu sprechen. Der Besuch wurde für weitere Treffen mit dem Bundeswirtschaftsministerium, eine öffentliche Veranstaltung am 4.11.2015 in den Räumen des FDCL in Berlin und Hintergrundgespräche genutzt. Zudem gab GegenStrömung in Kooperation mit dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und dem Forum Menschenrechte der Steckbrief „[Turbinen, Versicherungen, Bürgschaften. Deutsche Geschäfte mit kolumbianischer Wasserkraft](#)“ heraus und publizierte einen Artikel über den Hidrosogamoso-Staudamm unter dem Titel „[Verdammt zur Entwicklung](#)“ in den Lateinamerika-Nachrichten Nr. 489. Gemeinsam mit Partnerorganisationen aus dem ECA Watch Netzwerk erstellte GegenStrömung die Publikation „[Export Credit Agencies and Human Rights: Failure to Protect](#)“ und steuerte dazu ebenfalls den Hidrosogamoso-Staudamm als Fallbeispiel bei. Auch darüber hinaus war GegenStrömung im ECA Watch Netzwerk aktiv, nahm am Netzwerktreffen im Oktober 2015 in Amsterdam teil und leistete Input zur Konsultation der OECD-Arbeitsgruppe zu Exportkreditagenturen.

Darüber hinaus verfolgte GegenStrömung die Ereignisse um den Ilisu-Staudamm in der Türkei weiter mit, führte eine fact-finding-mission zur antiken, von Überflutung bedrohten Stadt Hasankeyf durch und nahm an einem internationalen Vernetzungstreffen von Staudammaktivist*innen aus verschiedenen Teilen des Irak, der Türkei und Europa in Erbil (Irakisch-Kurdistan) im Mai 2015 teil.

Auch bei Aktionärsversammlungen brachte GegenStrömung das Staudammthema mehrfach zu Gehör, so bei Siemens (27.1.2015, mit der brasilianischen Aktivistin Verena Glass), Munich Re (23.4.2015) sowie Allianz (6.5.2015). Bei der Allianz-Versammlung übertrugen Aktionär/innen insgesamt 22.000 Stimmrechte an die Redner von GegenStrömung. Zur Vorbereitung dieser Aktivitäten und um die weitere Vernetzung zur Staudammarbeit insbesondere in Brasilien zu fördern, organisierten wir am 18.4.2015 eine Tagung des Belo-Monte-Netzwerks am 18.4.2015 in Frankfurt / M.

Zudem organisierte GegenStrömung gemeinsam mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) am 4.12.2015 in Berlin einen Lunch Talk mit drei Betroffenen des Merowe-Staudamms im Sudan. Sie berichteten über die Folgen der Vertreibung für diesen Staudamm, für den das deutsche Consulting-Büro Lahmeyer die Bauleitung innegehabt hatte, und über die Strategien der Betroffenen, eine neue Existenz aufzubauen.

Darüber hinaus liefen intensive Recherchen und Arbeiten für eine zentrale Publikation zu Staudämmen, die die Breite des Themenfelds und der Beteiligung deutscher Akteure am Staudammgeschäft aufzeigen soll, für weitere Tafeln unserer Ausstellung zu Staudämmen. Die Fertigstellung der beiden Projekte verschob sich allerdings auf das Jahr 2016.

KLIMA

2015 hat INFOE das gesamte Jahr in die indigenen Organisationen COICA und AIDSESEP sowie den Caucus des International Indigenous Peoples Forum on Climate Change bei den die Klimaverhandlungen in Paris vorbereitenden SBSTA und sonstigen technischen Meetings logistisch und sprachmittlerisch unterstützt. Darüber hinaus führte das Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (INFOE) e.V. in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Peru am 20.11.2015 unter dem Titel „Das Klimabkommen in Paris – Nur gemeinsam mit indigenen Völkern werden globale Klimaschutzziele erreicht“ ein ganztägiges Seminar in Vorbereitung auf die Klimaverhandlungen (COP 21) in Paris durch. Das Seminar gab einen Gesamtüberblick über die geplanten Aktivitäten in Paris, Ziele, Forderungen und Vorschläge indigener Organisationen bezüglich des Nachfolgeprotokolls mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem von der peruanischen AIDSESEP für die COICA entwickelten Konzept REDD Indígena Amazónico (RIA), weil dieses Konzept u.a. Eingang in die nationale Waldpolitik des Staates Peru, dem Gastgeber der COP 20 im Vorjahr in Lima, gefunden hat. Zudem wurden verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für indigenen Waldschutz einschließlich des von der COICA entwickelten Fondo Indígena Amazonía Viva para la Humanidad (kurz: FIA) aufgezeigt.

Beide Seminare richteten sich insbesondere an die Angehörigen der öffentlichen Bildungseinrichtungen (StudentInnen, DozentInnen und LehrerInnen) v.a. des Köln-Bonner Großraumes (z.B. Uni Bonn und Köln) sowie die deutschen Akteure aus der internationalen Zusammenarbeit, Naturschutz- und MR-NRO, bzw. potenzielle TeilnehmerInnen an den Verhandlungen in Paris.

Die Veranstaltung wurde über unsere elektronischen Verteiler, dem Versand von Einladungsschreiben an Institutionen der Zielgruppen sowie mit Aushängen, Auslagen und bei einer Veranstaltung im Institut für Altamerikanistik an der Uni Bonn beworben. Dort wurde uns im Rahmen einer lebhaften Debatte viel Interesse an den Inhalten ausgedrückt. Zudem hatten wir im Vorfeld per mail für das Seminar am 20.11.2015 erhalten.

Die anwesenden TeilnehmerInnen nahmen mit großem Interesse und viel Engagement auch bei den Diskussionen der Konzepte teil. Wir erhielten ein sehr positives Feedback, welches sich auch darin ausdrückte, dass zwei Teilnehmerinnen des Allerweltshauses Köln, die an Aktivitäten der Zivilgesellschaft in Paris teilnahmen, mit der Projektleiterin Treffen im Rahmen der COP vereinbarten, um mehr über die tatsächlichen Aktivitäten indigener RepräsentantInnen bei den offiziellen Verhandlungen zu erfahren und über das Allerweltshaus in Kontakt mit Informationsstelle Peru und INFOE zu bleiben wünschten. Gemeinsam mit den übrigen Teilnehmenden – darunter auch die Vertreter zweier Naturschutzorganisationen – wurden auch noch einmal das Wissen über die politischen und ökonomischen Zusammenhänge (insbesondere anlässlich der verschlechterten Rahmenbedingungen am Veranstaltungsort Paris) erweitert und Strategien für die erfolgreiche Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen im Rahmen der COP 21 erarbeitet, so dass wir mit den Resultaten der Veranstaltung sehr zufrieden waren.

Auch die zweite (Abend-)Veranstaltung „Peru und der Klimaschutz“ mit dem Vortrag von Antonio Zambrano vom Movimiento Ciudadano contra el Cambio Climático (MOCICC), der größten zivilgesellschaftlichen Organisation zur Thematik in Peru, wurde von den zahlreicher erschienenen TeilnehmerInnen sehr positiv aufgenommen. Sie zeigte die Bedeutung des Klimawandels in Peru, die Entwicklungen nach der COP 20 in Lima in Peru in Bezug auch auf indigene Völker sowie die Erwartungen der peruanischen Zivilgesellschaft an die Verhandlungen in Paris auf und stellte eine Fortsetzung des letztjährigen Seminars in Vorbereitung auf die COP in Lima dar. Antonio Zambrano konnte die Inhalte und Bedeutung der Sachverhalte sehr anschaulich vermitteln.



Es war uns eine besondere Freude, dass wir zusätzlich German Watch mit ihrem Referentdn Saúl Luciano zu Gast hatten, der sich gerade im Vorfeld seiner Teilnahme an der COP in Paris in Deutschland auf Delegationsreise mit seinem Vater befand, um über den „Fall Huaraz“ zu berichten. Unser Publikum konnte so über den ersten Fall unterrichtet werden, wo ein deutsches Unternehmen (RWE) in Deutschland für die Folgen des von ihm mit verursachten Klimawandels von den lokalen Opfern auf Schadensersatz verklagt wird. Das Datum unserer Veranstaltung koinzidierte mit dem Datum der Annahme der Klage durch die 2. Zivilkammer des Essener Landgerichtes, sodass der Vorgang, der auch durch das Radio bekannt geworden war und einen wichtigen Präzedenzfall darstellt, auf großes Interesse bei den Anwesenden stieß. Die TeilnehmerInnen, die zu den Verhandlungen nach Paris weiterreisten, verabredeten sich dort und vereinbarten, künftig gemeinsam zu den Themen weiterzuarbeiten.

